Slowakei: 100 Tage neue Regierung

Regierungskoalition des Linkspolitikers Fico erfährt internationale Ablehnung und schwimmt gleichzeitig national auf einer Erfolgswelle

Internationale Ablehnung - national auf Erfolgswelle

Nach ihren ersten 100 Tagen im Amt bläst der slowakischen Regierungskoalition des Linkspolitikers Róbert Fico international ein eisiger Wind entgegen. Doch ungeachtet dessen schwimmt sie innenpolitisch auf einer Erfolgswelle sondergleichen.

Schock nach 100 Tagen

Pünktlich zur Zwischenbilanz seiner ersten 100 Tage an der Regierung

bekam der slowakische Ministerpräsident **Róbert Fico (Foto)** ein unwillkommenes "Geschenk": Die Partei der **Europäischen Sozialisten** (PES) hat die **Mitgliedschaft der slowakischen Regierungspartei in dieser Parteienfamilie für zehn Monate suspendiert**. Das ist die schärfste überhaupt in deren Satzungen vorgesehene Sanktion gegen eine Mitgliedspartei. Und Ficos Partei Smer-Sozialdemokratie (Smer heißt Richtung) ist die erste Partei, gegen die sie angewandt wurde.

Der Grund für die harte Strafmaßnahme liegt in der Regierungsbildung selbst. Schon als Fico nach seinem Wahlsieg bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 17. Juni eine **Koalition mit der rechtspopulistischen Volkspartei Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS) und der als rechtsextrem geltenden Slowakischen Nationalpartei SNS** vereinbarte, empfahl die Fraktion der Sozialdemokraten im Europa-Parlament die Stilllegung der PES-Mitgliedschaft. Ficos nachfolgendes arrogantes Auftreten im Sommer in Brüssel im Sinne von "Wir lassen uns von euch nicht dreinreden" beeindruckte zwar die Wähler zu Hause, trug aber nicht gerade zur Vertrauensbildung auf EU-Ebene bei. Fico ging daraufhin lieber nicht mehr selbst zu internationalen Sozialistentreffen, sondern schickte Stellvertre-

ter vor, die mit Engelszungen seine Botschaft übermittelten: Nur mit dieser Koalition sei es möglich, ein wahrhaft soziales Programm in der von der "neoliberalen" Vorgängerregierung unter dem Christdemokraten **Mikuláš Dzurinda (Foto)** arg gequälten Mehrheit der slowakischen Bevölkerung zu realisieren. Außerdem garantiere Smer, dass sich die Rechtslage der Minderheiten in der Slowakei trotz SNS-Regierungsbeteiligung nicht verschlechtern werde.

Doch die **europäischen Sozialisten blieben strikt bei ihrer Haltung**: Eine sozialdemokratische Partei habe gefälligst **nicht mit Rechtsextremisten zu koalieren**. Und dass die **SNS kein akzeptabler Partner** sein könne, ließ sich mit einer ganzen Liste von antiungarischen Äußerungen des auch für seine Alkoholexzesse berüchtigten **SNS-Vorsitzenden Jan Slota (Foto)** belegen. Auch wenn manche der Zitate, die der mit der slowakischen Ungarn-Partei SMK gut stehende Südtiroler Europaparlamentarier Michl Ebner bereitwillig unter seinen Kollegen verteilte, teils schon Jahrzehnte alt sind: Slota hat sich nie glaubwürdig von ihnen distanziert. Und sobald er nur öffentlich den Mund aufmachte, sprudelte wieder aus ihm heraus, wovon sein Herz offensichtlich voll ist: Die slowakische Ungarn-Partei SMK fördere eine chauvinistische großungarische Politik zur Zerschlagung der Slowakei, und im zweisprachigen Gebiet der Südslowakei geschehe seit Jahrzehnten eine "brutale Assimilierungspolitik" der Ungarn gegenüber den Slowaken, klagte er in Interviews mit ausländischen Zeitungen.

Um seinem Koalitionspartner Fico das Leben nicht noch schwerer zu machen, verordnete sich Slota zwar über den Sommer eine **mehrmonatige Schweigepause**. Und unmittelbar vor der nunmehrigen Entscheidung der Europäischen Sozialdemokraten veröffentlichte er eine **"Erklärung" gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“**, die sogar von manchen Sozialdemokraten als "hilfreicher Schritt" gelobt wurde. Unter anderem heißt es darin: "Die SNS anerkennt, dass zu den unabdingbaren Grundrechten Lebensbedingungen gehören, die durch die Grundsätze von Toleranz, Achtung, Humanismus und Ablehnung von Diskriminierung, Nationalismus, Rassismus und Xenophobie bestimmt werden und das Recht beinhalten, die eigene religiöse und nationale Identität zu bewahren. Wir verurteilen entschieden jegliche Äußerung von rassischer, ethnischer oder nationalistischer Feindseligkeit (...). Wir distanzieren uns eindeutig von jeder Form verbaler Angriffe auf die Ehre und Würde von Staatsbürgern der Slowakei, die einer Minderheit angehören." **Letztlich reichte aber auch das nicht, um die Sanktionsdrohung von Smer abzuwenden**.

Da es zuletzt - auch aufgrund dieser "Erklärung" Slotas - bereits **Signale** aus der PES gegeben hatte, sie könnte **von einer Suspendierung der Mitgliedschaft vorerst absehen** und stattdessen eine weitere "Beobachtung" der slowakischen

Regierungspolitik empfehlen, reagierten Smer-Politiker nach der harten Sanktion überrascht und beleidigt. Smer-Parteivorsitzender Fico ließ den Medien über seine Sprecherin **Silvia Glendová** die Meinung ausrichten, die PES habe die Partei Smer "dafür bestraft, dass sie eine Politik für die Menschen statt für Monopole" mache. Ein weiterer Grund für die Bestrafung sei, dass Smer die Ungarn-Partei SMK/MKP nicht mit in die Regierung genommen habe.

Linkspartei Smer und Fico im Inland populär wie nie zuvor

Typischerweise flaut die Popularität einer neuen Regierung rasch ab, wenn sie ihre ersten Maßnahmen setzt. Das gilt nicht für Ficos Koalition seiner Linkspartei Smer-Sozialdemokratie mit zwei international umstrittenen Rechtsparteien. Ganz im Gegenteil: **Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungsarbeit ist laut Umfragen außergewöhnlich hoch**. Laut einer Umfrage der Agentur MVK in der ersten Oktoberhälfte bewerten 40,7 Prozent der befragten Wahlberechtigten die Arbeit der Regierung in ihren ersten 100 Tagen als "erfolgreich", nur 19,4 Prozent als "nicht erfolgreich". (Zum Vergleich: die Vorgängerregierung **Dzurinda** wurde nach ihren ersten 100 Tagen von nur 12,9 Prozent als "erfolgreich" bewertet, während eine klare Mehrheit von 54,0 Prozent sie als "nicht erfolgreich" einstufte.) Die Partei Smer hat den Vorsprung zu allen anderen Parteien in den Umfragen seit dem Wahlsieg deutlich vergrößert und ihren potenziellen Wähleranteil nochmals um rund ein Fünftel ausgebaut. Auch Fico selbst ist als Politiker noch populärer als je zuvor. In einer Umfrage der Agentur MVK bezeichneten ihn im Oktober 45,5 Prozent der Befragten als den "vertrauenswürdigsten Politiker". Das sind mehr als doppelt so viele wie **Staatspräsident Ivan Gašparovič** als zweit beliebtester Politiker hinter sich sammeln kann und viermal so viele wie der vertrauenswürdigste Oppositionspolitiker, der Chef der Ungarn-Partei SMK, **Béla Bugár (Foto)**, ansprechen kann. So viel Zustimmung hat seit der Staatsgründung nie ein Politiker erreicht, schon gar nicht ein regierender. Auch wenn **Investoren erleichtert aufatmen, dass sich an der unternehmerfreundlichen Politik der Vorgängerregierung nicht gar so Wesentliches geändert** habe, kann Fico seinen Wählern offensichtlich glaubhaft machen, seine "Wende zum Sozialstaat" ernst zu meinen.

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen dem tatsächlichen Wähleranteil am 17. Juni und den Umfragewerten im Oktober laut MVK-Umfrage:

Partei	Juni (Wahl)	Oktober
Smer-SD	29,14	36,2
SDKÚ-DS	18,35	15,5
SNS	11,73	12,6
SMK/MKP	11,68	12,6
ĽS-HZDS	8,79	7,2
KDH	8,31	7,5

Wahlversprechen nur teilweise erfüllt

Viel kritischer als die Bevölkerung bilanzieren die - von Anfang an durchwegs **Smer-kritischen - Medien** die Arbeit der Regierung in ihren ersten 100 Tagen. Nach der

Regierungsbildung hatten die meisten Medien gewarnt, eine Umsetzung des Smer-Wahlprogramms mit Rücknahme eines Teils der unternehmerfreundlichen Reformen der Vorgängerregierung unter Dzurinda und dafür Stärkung des Sozialstaats würde den Staatshaushalt überlasten und Investoren vertreiben. Je **konkreter die Grundzüge des tatsächlichen Regierungsprogramms jedoch erkennbar** wurden, desto mehr änderte die Kritik an der Regierung ihre Stoßrichtung: **Smer habe einen Großteil seiner Wahlversprechen nicht erfüllt**, lautet nun der Tenor der Kritik.

Tatsächlich hat die neue Regierung entgegen Ficos Wahlkampf-Ankündigungen die **Grundzüge der Arbeit der Vorgängerregierung unter Dzurinda beibehalten**. Das zeigt sich besonders in solchen Bereichen, die im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielten: Ein Hauptziel der Kritik Ficos an den Reformen der Dzurinda-Regierung war die Einheitssteuer (Flat tax) von 19 Prozent auf alle Einkommen. Sie nütze "nur den Reichen" und sei daher sofort wieder durch ein "typisch europäisches", also progressives Steuersystem zu ersetzen, hatte Fico im Wahlkampf immer wieder betont. Tatsächlich hat die neue Regierung sowohl in ihrem Regierungsprogramm als auch in ihren konkreten ersten Schritten die **Beibehaltung der Einheitssteuer** festgeschrieben. Als eher kosmetische Veränderung wurde lediglich beschlossen, für höhere Einkommen einen Teil der bisher vorgesehenen Steuerfreibeträge zu reduzieren - ein Schritt, den man sogar als Vertiefung statt Schwächung des Gedankens der Flat tax bezeichnen könnte. Die von der Vorgängerregierung ebenfalls rung ebenfalls auf 19 Prozent vereinheitlichte Mehrwertsteuer wird künftig durch einen niedrigeren Steuersatz auf Medikamente ergänzt - ebenfalls nicht gerade eine revolutionäre Veränderung. Die von Fico im Wahlkampf und auch noch später in die Welt posaunten Pläne von einer **höheren Besteuerung der Banken und "Monopole" wurden nicht ins Programm aufgenommen**.

Seine außenpolitische Ankündigung, sofort nach dem Wahlsieg die slowakischen Truppen (104 Mann) aus dem Irak abzuziehen, wandelte Fico in fast schon parodistischer Weise um: Der "Abzug" der Truppen findet erst 2007 statt und wird in der Realität eher ein Austausch der bisherigen Entminungseinheit gegen Kräfte mit anderen (vor allem Ausbildungs-) Aufgaben. Symbolhaft für Ficos Kehrtwendung in dieser Frage mag wohl sein, dass er (im Unterschied zu Vorgänger Dzurinda) persönlich die slowakischen Soldaten im Irak und auch in Afghanistan besuchte und dies mit TV-gerechten Auftritten in Militäruniform verband. Als tatsächlich größte Veränderung, die die neue Regierung in ihren ersten 100 Tagen vornahm, bleibt letztlich nur, dass sie (wie bei Regierungswechseln auch bisher üblich) eine Reihe **von Funktionen in Ämtern und staatsnahen Institutionen sofort mit eigenen Leuten besetzte**. Doch trotz der Gegnerschaft praktisch aller Medien des Landes gelang es der Regierung bisher bestens, die wenigen praktischen Veränderungen als Arbeitserfolge zu präsentieren: So wurden z. B. eine Arztbesuchsgebühr von 20 Kronen pro Arztbesuch (umgerechnet ca. 50 Euro-Cent) unverzüglich abgeschafft und einem Teil der Pensionisten

eine Einmalzahlung von 1 500 bis 2 000 Kronen (ca. 40 bis 50 Euro) als "Weihnachtsgeld" beschert. Diese Maßnahmen verändern zwar die Lebensbedingungen der Begünstigten nicht wirklich entscheidend, sind aber sofort sichtbar. Die **Politologin Soňa Szomolányi** erklärte diesen Effekt in einem Interview mit der linksliberalen Tageszeitung Pravda (13. Oktober) so: "Aus der Sicht der Wähler erfüllt die Regierung ihre Versprechen. Sie macht das aber nicht mit systematischen Maßnahmen im Sinne einer europäischen Linkspolitik, sondern einfach mit **populären Schritten**. (...) Die Regierung konzentrierte sich anfangs auf Aktivitäten, die eine schnelle Zufriedenheit erzeugen. (...) Kein anderer Politiker beobachtet ja so genau die Meinungsumfragen und Wählerstimmungen wie gerade Fico."

Als einen ihrer größten Arbeitsschritte konnte die Regierung in ihren ersten 100 Tagen aber auch den **Staatshaushalt für 2007** beschließen, der das Regierungsprogramm sozusagen in Summen umformuliert. Der Gouverneur der Nationalbank, **Ivan Šramko**, lobte zwar die vorgesehene Defizitgrenze von 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, warnte aber zugleich vor einer Unterschätzung des Inflationsrisikos für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien, um wie geplant mit 1. Januar 2009 den Euro als Währung übernehmen zu können.

Konrad-Adenauer-Stiftung
Verbindungsbüro Bratislava

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei

Zelená 8
811 01 Bratislava
Tel.: 00421-2-5441 9438
Fax: 00421-2-5441 9441
Email: kasslovak@nextra.sk
Web: www.kas.de/bratislava